

Andreas Möckel

Mehr Demokratie wagen

Vorbemerkung¹

Ich will *in einem ersten Teil* zu meinen frühen politischen Erfahrungen etwas sagen. Das geht über das hinaus, was Sie eben gehört haben. Meine Erfahrungen sind einerseits sehr subjektiv, andererseits dann aber doch auch bezeichnend für meine Generation.

In einem *zweiten Teil* will ich an Beispielen zeigen, was Politik für Menschen sein kann, die keine Berufspolitiker sind.

In einem *dritten und letzten Teil* möchte ich etwas über die politische Richtung sagen, die sich schon seit dem Ersten Weltkrieg abzeichnet, und zwar jenseits von Parteipolitik und nationaler Politik.

Erste politische Erfahrungen

Ich bin im Bewusstsein aufgewachsen, dass die bloße Tatsache, in Sprache und Sitte Deutscher zu sein, als ein Verdienst galt. Nur keine Magyarisierung oder Romanisierung. Dass ein Siebenbürger Sachse einmal zum Staatspräsidenten von Rumänien gewählt werden könnte, hätte in meiner Jugend niemand geglaubt. Die politische Realität war in der Zwischenkriegszeit die „Volksgemeinschaft“ der etwa 300.000 Siebenbürger Sachsen“ und im Krieg war es der „Grupul Etnic German“ („Deutsche Volksgruppe in Rumänien“), der die rund 800.000 Deutschen in Rumänien (Banater Schwaben, Siebenbürg Sachsen, Deutsche in der Bukowina und in Bessarabien und im rumänischen Altreich) auf der Basis eines rumänischen Gesetzes in einem Kataster erfasste. Den Siebenbürger Sachsen und den magyarischen Szeklern war in den Friedensverträgen von Versailles und im Minderheitenschutzvertrag Autonomie zugesagt worden. Sie hatten diese jedoch nicht erhalten. Unter dem Druck des Deutschen Reiches gewährte Rumänien jetzt sowohl den Deutschen in Rumänien, nicht nur den Siebenbürger Sachsen, die Errichtung des „Grupul Etnic German“. Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte Himmler die rivalisierenden Führer von zwei Naziparteien, die heillos zerstritten waren, nach Berlin zitiert, beiden die Pässe weggenommen und sie zur Abdankung gezwungen. Der von der SS ernannte neue Führer schuf eine verpflichtende „Deutsche Jugend“ im Stil der HJ. Die Deutsche Jugend (DJ) erzog zur Hitlerverehrung und zur Bewunderung der Siege der Wehrmacht. Rumänien erließ ein

¹ Referat in der KHG Würzburg am 18. Januar 2017.

weiteres Gesetz, auch auf Druck des Deutschen Reiches, wonach die Deutschen Rumäniens in die Waffen-SS eintreten durften, ohne die Staatsbürgerschaft zu verlieren. Die rumäniendeutschen Helfer der SS verstanden es, Tausende von Freiwilligen und „Pseudo-Freiwilligen“ aus dem völkischen Topf für die Waffen-SS zu generieren, und zwar 1942 bis 1944. Die DJ-Generation, zu der ich gehörte, ließ sich leicht national motivieren und manipulieren. In der Generation der Älteren waren auch Skeptiker, aber – und das ist nun sehr spezifisch für Menschen, die als Deutsche im Ausland aufwuchsen – die Skepsis und Ablehnung richtete sich gegen die einheimischen Nazis, nicht gegen die Nazis in Deutschland und schon gar nicht gegen „das Reich“. Die Skepsis reichte nicht aus, die jüngere Generation vor der heute weltfremd erscheinenden Opferbereitschaft zu bewahren. Das Deutsche Reich war eine sakrosankte Größe und ebenso seine Führung, wer auch immer diese war.

Beim Umsturz Rumäniens am 23. August 1944 besuchte ich den Kurs einer rumänischen Segelfliegerschule. Das Motiv: Freude am Segelfliegen. Als die deutschen Teilnehmer den Kurs ohne Abschlussprüfung verlassen mussten, waren die deutschen Truppen abgezogen. Sollten wir Siebzehnjährige über die grüne Grenze den deutschen Truppen nachziehen? Oder im Lande bleiben und abwarten, was die Sowjetunion mit Rumänien vorhatte? Ich entschied mich mit einigen meiner Schulkameraden für das Bleiben, andere für die SS. Sie zogen den deutschen Truppen über die grüne Grenze nach und die meisten kamen in den harten Kämpfen um Budapest ums Leben. Ich bin nur knapp an der herdenmäßig „freiwilligen“ Meldung zum Kriegsdienst vorbeigeschlittert.

Die sowjetrussischen Behörden registrierten die im Lande verbliebenen Deutschen und deportierten viele Frauen und Männer im Januar 1945 nach Russland zur Zwangsarbeit. Ich kam in die Ukraine, in den Donbass, arbeitete dort zwei Jahre lang meist in einem Kohlebergwerk, bis ich erkrankte und nach Deutschland abgeschoben wurde. Freunde meiner Eltern halfen mir, meine Schulbildung zum Abschluss zu bringen. Ich wurde erst Volksschullehrer und begann einige Jahre später ein Universitätsstudium in den Fächern Pädagogik, Philosophie und Geschichte. Geschichte, weil ich wissen wollte, was mit mir geschehen war. Mich verwirrte beispielsweise die Frage, was ein „normales Leben“ ist. Ist die chaotische Halbordnung normal, wie sie in einem Arbeitslager herrscht, wo man Tag um Tag bestehen muss und menschliche Güte und menschliche Schüchternheit, beide nackt und unverstellt zum Vorschein kommen? Ist es also normal, dass der Mensch des Menschen Wolf ist und das zivile Leben meiner Kindheit eher die glückliche Ausnahme? Oder entspricht das kulturell durchgestaltete, rituelle Leben der menschlichen Natur und das Wölfische und

Kriminelle, das es im Menschen auch gibt, ist die Ausnahme? Ich hörte Friedrich Schillers „Lied von der Glocke“, das die jungen Romantiker gleich bei seinem Erscheinen verspottet hatten, neu:

Heilge Ordnung, segenreiche
Himmelstochter, die das Gleiche
Frei und leicht und freudig bindet,
Die der Städte Bau begründet,
Die herein von den Gefilden
Rief den ungesell'gen Wilden,
Eintrat in der Menschen Hütten,
Sie gewöhnt zu sanften Sitten
Und das theuerste der Bande
Wob, den Trieb zum Vaterlande!

So verwirrt, wie ich es damals war, muss es Flüchtlingen gehen, die in geordneten Verhältnissen aufwachsen, dann in ein Chaos gestürzt werden, in fremder Umgebung wieder zu Atem kommen und abwechselnd Freundlichkeit und Ablehnung erfahren.

Chaos oder Ordnung, beides ist den Menschen nicht natürlich; denn das menschliche Leben ist nicht Natur gegeben. Es ist bis in den Alltag hinein immer rituell durchformt. Die Ordnungen, die man nicht mit Bedacht erhält, sondern sich selbst überlässt, verlieren sich oder werden zu Unordnung. Es dauert dann unter Umständen mehrere Generationen, bis unter Opfern an Zeit und Lebenskraft Schritt für Schritt wieder geordnete Verhältnisse neu entstehen. Die Menschen guten Willens dürfen geordnete Verhältnisse nicht als selbstverständlich oder natürlich ansehen und das Geschehen in der Polis gleichsam sich selbst überlassen, vielleicht noch mit der schrecklichen Rede, Politik sei ein „schmutziges Geschäft“. Das ist ein ganz fataler Satz.

Ich kürze ab und sage, was sich mir einbrannte, obgleich ist es damals nicht so formulieren konnte wie heute: 1. Im Studium der Geschichte bin ich nachträglich über meine politische Verführbarkeit tief erschrocken. Ich weiß, dass ich dem DJ-Jungen und Spielmannszugführer einen Altersbonus zubilligen darf. Ich weiß auch, dass es Millionen von andern, die heute Großväter sind, ebenso gegangen ist wie mir. Aber das hilft nichts. Das merkwürdige Kollektivversagen hat sich mir unauslöschlich eingeprägt. Ich habe auf Bemerkungen zu diesem Phänomen bei Günter Grass, bei Martin Walser, bei Hans-Jochen Vogel und anderen Prominenten geachtet, die etwa gleich alt sind wie ich. Es konnten nicht viele wie Joachim Fest, sagen „Ich nicht“. Daran habe ich herumgerätselt: Wie hatte das sein können, dass ich 1944 mit 17 Jahren noch naiv an Hitler glauben konnte? 2. Wie hatte die Verführung von Tausenden meiner Landsleute und von Millionen Deutschen im Deutschen Reich funktioniert? Eine Antwort: In der Generation, die den Ersten Weltkrieg erlebt hatte,

hatten zu wenige erkannt, dass die nationalen Kräfte des 19. Jahrhunderts sich selbst widerlegt hatten. Das ist eine wichtige politische Kategorie: Die vital-positiven Ideen von gestern können das Leichengift von heute sein. Die Französischen Revolutionäre hofften mit der Freiheit der Völker käme auch der Friede aus Vernunft. Warum sollen sich Völker gegenseitig umbringen? Spätestens der Erste Weltkrieg widerlegte diese Hoffnung.

Deshalb muss man das politische Erbe der Väter und Mütter genau prüfen. Was soll man für sich und seine Kinder mitnehmen? Was soll man besser vom Erbe zurückweisen? Man kann diese Prüfung nicht allein Berufspolitikern überlassen. 3. Die politische Phantasie der Menschen reicht meistens zur Kritik aus. Die Schattenseiten des Ist-Zustandes werden erkannt und Vorstellungen von politischen Verbesserungen drängen sich auf. Die politische Phantasie dagegen ist schwach und versagt bei der Vorstellung vom Risiko einer Verschlimmbesserung politischer Zustände. Ein Musterbeispiel dafür ist der in Deutschland nach 1920 unisono verurteilte Friedensvertrag von Versailles. Er war in der Tat auch nicht auf Aussöhnung hin angelegt und war auch keine diplomatische Meisterleistung. Aber dass es noch viel schlimmer werden könne, wenn man den Kriegszustand in den Herzen nicht beendete, das konnten sich Millionen Deutsche im In- und Ausland nicht vorstellen.

Was wir an der europäischen Einigung haben, so unvollkommen sie auch ist, das ist nicht selbstverständlich. Denken Sie nur an die Basken und an ihr Verhältnis zu Madrid, an die Südtiroler und an Rom, an die Serben und die Kroaten, an Wallonen und Flamen, an Katholiken und Protestanten in Nordirland, an Ungarn und Rumänen in Siebenbürgen. Schon ein bescheidenes „Demokratie wagen“ heißt „mehr Demokratie wagen“. Warum? Jede Institution muss sich – wie man heute sagt – von Zeit zu Zeit neu erfinden, um zu erhalten, was sie besitzt. *Ecclesia semper reformanda*. Marx forderte die Revolution in Permanenz. Alle zwölf bis vierzehn Jahre ist eine Richtungsüberprüfung notwendig. Es kann dann aber auch leicht wie in Polen oder in Ungarn gehen, wo die Balance politischer Kräfte zwar neu, aber bedenklich austariert wird. Man kann sich auch in der falschen Richtung neu erfinden.

Wenn ich von dem glimmenden Nationalismus in unserem Lande höre, möchte ich den deutschen Neu-Völkischen laut zurufen: „Leute, seht euch Bilder der Nachkriegszeit und den Schulatlas eurer Großväter an und besichtigt, was das „Im Felde unbesiegt“, die Dolchstoßlegende, und die reaktionäre nationale Unzufriedenheit nach dem Ersten Weltkrieg bewirkt haben. Ihr wisst nicht, was ihr tut, wenn ihr mit nationalen Begriffen am europäischen Einigungsprozess herum nörgelt. Ihr sägt naiv an dem Ast, auf dem wir alle sitzen, auch ihr

mit euren von der Polizei rechtstaatlich eingehegten Demonstrationen. Und ich weiß, wovon ich rede.“

Demokratie wagen

Vielleicht werden einige von Ihnen einmal Berufspolitiker. In allen demokratischen Parteien gibt es viele gewissenhafte Menschen, die Unterstützung verdienen. Dass manche Menschen Frau Merkel und Herrn Gauck „Volksverräter“ zurufen, zeigt unter anderem eine völlige Ahnungslosigkeit von dem an, was Politikern heute abverlangt wird. Wir müssen dankbar sein, wenn die demokratischen Parteien genügend Nachwuchs haben und wenn unter diesem Nachwuchs geeignete, tüchtige Frauen und Männer für Spitzenämter sind.

Aber eine Demokratie braucht nicht nur Berufspolitiker, sondern auch Bürger, die an der einen oder anderen Stelle mitdenken, ohne auf Dauer berufsmäßig Politik zu betreiben. Ich gebe Beispiele. Mich füllte mein Beruf als Lehrer und Hochschullehrer aus, manchmal hatte ich sogar das bezeichnende Anfängergefühl, überfordert zu sein und ich war es wohl auch. Zugleich hatte mich das, was Theodor Heuß Kollektivscham nannte, tief getroffen, gerade weil ich meine DJ-Zeit und die jüngste deutsche Geschichte erinnerte. Ich weiß nicht, warum Theodor Heuß es nicht bei der Unterscheidung zwischen juristischer Schuld moralischer Schuld beließ. Die eine muss nach dem Strafgesetzbuch behandelt werden, die andere fühlt man und lässt sie zu oder verdrängt sie. Ich habe bei den Verflechtungen, die in der modernen Gesellschaft herrschen, an der moralischen Kollektivschuld nicht gezweifelt und glaube auch nicht, dass ich da pathologisch bin.

Ich möchte jedoch im Umkehrschluss darauf hinweisen, dass es politisch wirklich ausnahmslos auf jeden einzelnen von uns ankommt. Man ist für das Ganze der Polis verantwortlich, auch wenn man sich zunächst und vor allem dem Beruf verpflichtet fühlt. Freya von Moltke hat das aus ihrer Erfahrung heraus immer betont. Es ist für das Funktionieren der modernen Gesellschaft wichtig, dass man das versteht. Der Satz ist bei Freya von Moltke keine bloße „Kopf-hoch-Ermunterung“. Der Satz „Es kommt auf jeden einzelnen an“ ist eine bitter erkaufte Erkenntnis.

Was ist zu tun? Selbst Berufspolitiker können nicht alles wissen und beherrschen und müssen sich spezialisieren. Als politisch interessierter Bürger kann man sich erstrecht nicht überall engagieren, aber an einer Stelle sollte man es tun, sei es auf Zeit oder sei es auf Dauer.

Ein erstes Beispiel. In den 1960er Jahren sprachen sich die katholischen Bischöfe und eine Kammer der evangelischen Kirche in Deutschland für eine Verbesserung des

Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen, Polen und Deutschland aus. Das waren Stimmen, die sich gegen den Antikommunismus im Kalten Krieg schwer durchsetzen konnten. Als die Koalition der SPD und der FDP im Jahre 1969 die Regierung bildete, begann Willy Brandt mit einer neuen Ostpolitik. Sie spaltete das ganze Land. Die Politisierung ergriff viel mehr Menschen als sonst. Es war ähnlich wie heute. Mir und vielen anderen sprach der Versuch einer Versöhnung um den Preis der Anerkennung der bestehenden Grenzen aus dem Herzen. Aber viele Schlesier, Ostpreußen und Mecklenburger krampfte sich das Herz zusammen, wenn sie – aus ihrer Sicht – gleichsam von heute auf morgen auf ihre Heimat verzichten sollten. Und auch vielen Westdeutschen ging die Anerkennung der Grenzen gegen das Gerechtigkeitsgefühl. Auch das war zu verstehen. Wer im Osten vom Eisernen Vorhang lebte, zahlte für den verlorenen Krieg einen mehrfach höheren Preis als die Menschen im Westen. Wo war da die Gerechtigkeit, wenn die aus ihrer Heimat Vertriebenen – mehr oder weniger allein – den Preis für eine Verbesserung der Beziehung zwischen West und Ost bezahlen sollten? Die Verbände der Vertriebenen waren schockiert. Aber man muss wissen, dass die Verbandsfunktionäre politisch nicht alle Schlesier oder Ostpreußen vertraten. Auch viele Vertriebene waren überzeugt, dass Revisionsdenken keine Lösung sein konnte. Willy Brandt kamen damals Abgeordnete der Koalitionspartei FDP abhandeln. Er trat zurück. Seine Wiederwahl war auch eine Entscheidung über die neue Ostpolitik. Als ein Freund und Kollege, Mitglied der SPD, mich fragte, erklärte ich mich bereit, in Reutlingen eine Bürgerinitiative „Bürger für Brandt“ auf die Beine zu stellen. Günter Grass hatte in der vorausgehenden Wahlperiode ein Modell geliefert. – Einmal hatte ich in Reutlingen eine Diskussion zum Thema Ostpolitik zu leiten. Drei Abgeordnete saßen auf dem Podium. Von der FDP Martin Bangemann, von der CDU Heiner Geißler und von der SPD ein evangelischer Pfarrer, dessen Namen mir entfallen ist. Heiner Geißler sprach sich gegen eine Anerkennung der polnischen Grenzen aus. Ich erlebte damals zum ersten Mal aus nächster Nähe, wie die eigene Meinung und die Loyalität zur Partei in Konflikt geraten können. Ich war überzeugt, ob es wirklich stimmt, weiß ich nicht, dass Heiner Geißler die politische Raison einer Versöhnungspolitik verstehen und billigen musste. – Die Initiative „Bürger für Brandt“ war eine zeitlich begrenzte politische Betätigung. Sie lehrte mich, Respekt vor Politikern zu haben und Respekt übrigens auch vor guten Rundfunkjournalisten und guten Zeitungsredakteuren; denn in der Zeit vor wichtigen Entscheidungen findet ein Kräftemessen von Argumenten statt.

Das zweite Beispiel ist von einer etwas anderen Art. Es ist die Mit-Begründung einer freien Schule in Reutlingen. In Baden-Württemberg bildete Kurt Kiesinger 1966 eine Große Koalition zwischen (CDU und SPD). In den Koalitionsverhandlungen verständigten sie sich, die Konfessionsschulen in Südwürttemberg-Hohenzollern abzuschaffen. Um die Gegner der Simultanschule innerhalb der CDU und außerhalb zu besänftigen, schuf die Koalition ein Überleitungsgesetz, wonach an Orten mit aufgelösten Konfessionsschulen Freie evangelische oder freie katholische Schulen gegründet werden durften. Der Staat versprach sämtliche Kosten zu übernehmen, nicht nur einen Teil wie nach dem Privatschulgesetz. Ein großzügiges Angebot. In mehreren Städten entstanden sogleich Freie Katholische Schulen. Die evangelische Seite tat sich schwer. An der Pädagogischen Hochschule Reutlingen hatte ich einen Kollegen, Werner Reininghaus, evangelischer Theologie, der ein Kenner von Friedrich Wilhelm Dörfeld war. Beide schätzten wir diesen Pädagogen aus dem 19. Jahrhundert (1824-1893). Dörfeld war Rektor einer kleinen Landschule, gab eine Zeitschrift heraus und war ein origineller Denker. In die Diskussion um die Schulverfassung brachte er den Gedanken der Schulgemeinde ein. Es gäbe Kirchengemeinden und es gäbe bürgerlichen Gemeinden, beide hierarchisch und unabhängig voneinander aufgebaut, mit Synoden und Parlamenten auf verschiedenen Ebenen. Warum kein entsprechender Aufbau auch für das Schulwesen? Statt eines geistlichen oder weltlichen Schulrates sollten Eltern und Lehrerinnen und Lehrer selbst die Schule verantwortlich verwalten. Die Schulgemeinde vor Ort, Entsprechungen auf Bezirks- und Landesebene. Es sollte also neben Kirche und Staat eine weitere gesellschaftliche Säule entstehen. *Sie* sollte über Lehrpläne bestimmen, nicht Juristen in Ministerien. *Sie* sollte den Schuletat verwalten, Lehrerinnen und Lehrer anstellen und über alle Angelegenheiten der Schulen befinden. Dörfeld hatte also nicht nur einen dekorativen Elternbeirat im Sinn, sondern eine gesetzlich verankerte Körperschaft, die das Wohl und Wehe der Schulen verantworten sollte. – Wir schrieben in die Statuten der FES erstens die Wahl des Rektors durch das Kollegium fest und zweitens die Zuwahl neuer Lehrer durch das Kollegium mit Beteiligung von Elternvertretern. Die Freie Evangelische Schule Reutlingen ist insoweit das Modell einer von Eltern und Lehrern selbstverwalteten Schule. Die beiden Bestimmungen in den Statuten sind zwar nichts besonderes, ändern aber das Schulklima. Es ist ein Unterschied, ob eine neue Lehrerin von der zentralen Behörde direkt zugewiesen wird oder ob sie sich zuerst bei den Elternvertretern und bei den zukünftigen Kolleginnen meldet, die dann darüber entscheiden, ob die Kandidatin der Regierung zur Ernennung vorschlagen

wird oder nicht. Und es ist ein Unterschied, ob die Kollegen eine Stelle ausschreiben dürfen oder das Oberschulamt.

Das deutsche, dreigliederige Schulsystem ist im Ständestaat entstanden. Der Wahlspruch der preußischen Könige hieß „Suum cuique!“ Es ist erstaunlich, dass keine der großen Parteien die Idee von Dörpfeld aufgenommen hat und sie offensiv vertritt. Der Öffentlichen ist kaum bewusst, dass wir eine Schulverfassung aus der Barockzeit haben. Man kann vermuten, dass die Pisa-Studien auch deswegen dem Schulwesen eine schwache, soziale Ausgleichsfunktion attestieren.

Das Beispiel zeigt noch etwas anderes. „Mehr Demokratie wagen“ ist im Einzelnen nicht leicht zu bestimmen. Müssen wirklich alle Institutionen einer Demokratie demokratisch verfasst sein? Kliniken? Worin besteht bei der Freien Evangelischen Schule Reutlingen „mehr Demokratie“? Die Einbeziehung der Eltern und Lehrer in die Schulverwaltung und die Wahl des Rektors kann man als demokratische Elemente ansehen. Die Zuwahl der Lehrer durch Kolleginnen und Kollegen dagegen ist eher oligarchisch, nicht demokratisch. Sie ist der Berufung von Professoren an Universitäten oder der Berufung neuer Mitglieder in gelehrten Gesellschaften abgeguckt. Das Vorrecht der Zuwahl wird einer Verwaltungsebene überlassen, der frühere Zeiten nicht zugetraut hätten, dass sie dieses Recht sinnvoll anwenden könnte. Nur insofern könnte man die Zuwahl demokratisch nennen. Ein anderes Beispiel: Eltern von Gymnasiasten dürfen für ihre Kinder eine der städtischen Schulen wählen. Die Gymnasien konkurrieren unter einander und legen sich Profile zu, die für Eltern und zukünftige Schülerinnen attraktiv erscheinen sollen. Warum dürfen nicht auch Eltern von Grund- und Hauptschülern und -schülerinnen Schulen wählen? Und warum sollen die Volksschulen sich nicht auch durch Besonderheiten profilieren dürfen? Mehr Demokratie wagen heißt auch, auf Gerechtigkeit und auf die Ausgewogenheit achten.

Was an der Verfassung und was an der Verfassungswirklichkeit zu verbessern ist, kann politisch umstritten sein. Sollen beispielsweise Volksbegehren wirklich auf Bundesebene gesetzlich etabliert werden? Soll man eine Wahlpflicht wie in Belgien einführen? Hat sich die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht bewährt oder fehlt uns jetzt ihre gesellschaftliche Integrationsfunktion? Könnte man diesem Verlust durch einen verpflichtenden Friedensdienst für junge Menschen beiderlei Geschlechts abhelfen? Vielleicht ließe sich beides kombinieren: Integration durch einen verpflichtenden Friedensdienst. Der zukünftige Präsident der USA Trump – so heißt es – will den Europäern den Wehretat, zu

dem sie sich selbst verpflichtet haben, nachdrücklich ans Herz legen. Warum sollte das nicht auch einem Friedensdienst großzügig zugutekommen?

Das dritte Beispiel ist die Kreisau-Initiative in Würzburg. Es gibt seit 1989 in Breslau (Wrocław) eine „Stiftung Kreisau für europäische Verständigung“. Der Klub katholischer Intellektueller (KIK) wollte 1989 auf dem Gut des Grafen Helmuth von Moltke in Niederschlesien eine Begegnungsstätte mit dem Ziel einer europäischen Versöhnung einrichten. Thaddäus Mazowiecki, Mitglied im Breslauer KIK, und Helmut Kohl griffen diesen Gedanken auf. Die Versöhnungsmesse 1989 in Kreisau überdeckt, dass die Stiftung Kreisau von unten, als europäische Bürgerinitiative, nicht als Regierungsprojekt entstand. In Berlin entstand eine größere, in Würzburg eine kleinere Kreisau-Initiative zur Unterstützung der Breslauer Stiftung. Wir in Würzburg sehen besonders das regelmäßige Gedenken an den Kreisauer Kreis als Aufgabe. Dafür bot sich als Datum der 20. Juli 1944 an. Die Bundesrepublik verdankt dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus außenpolitisch viel. Der Widerstand gegen Hitler begann schon in den 1920er Jahren als begründetes politisches Misstrauen. Nach dem 30. Januar 1933 mussten sich Kritiker zurückhalten oder ganz in den Untergrund gehen. Die Opposition war im Ausland, aber selbst im Inland kaum zu erkennen. Nur indirekt wurde diese Opposition sichtbar: volle Konzentrationslager, Todesurteile des Volksgerichtshofes, das Attentat Georg Elzers 1939 in München, die Flugblätter der Weißen Rose, der 20. Juli 1944 und die nachfolgende Aktion „Gewitter“ der Gestapo. Diese Ereignisse warfen ein Licht auf die Opposition, wenn die Zeitgenossen sie überhaupt sehen wollten und sie nicht als Belästigung empfanden. Wenn wir in der Bundesrepublik seit 1947 Luft zum Atmen haben und uns beispielsweise heute ohne Sorge vor Spitzelei frei austauschen können, dann verdanken wir das auch den Männern und Frauen des Widerstandes. Ihre nachhaltige Anerkennung ist ein wichtiger Teil der gelebten Demokratie. In die Verfassungswirklichkeit gehen viele Kräfte ein, die man nicht in die Verfassung schreiben kann. Dazu gehört die Bereitschaft zur Verteidigung des Rechts, und dafür steht der deutsche Widerstand ganz besonders.

Ich möchte auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Die kurze Rede von Otto Wels in der Reichstagssitzung am 23. März 1933 aus Anlass des Ermächtigungsgesetzes dürfte auf jeden, der sie liest, einen tiefen Eindruck machen. (Sie kann im Internet nachgelesen werden.) Die Rede ist deswegen gleichzeitig mutig und tragisch, weil die SPD-Führung unter dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, den Generalstreik hätte ausrufen lassen können, als Hitler die Abgeordneten von SPD und KPD widerrechtlich in Lager einsperrte. Die Rede

Otto Wels war schon ein oppositioneller Akt *nach* dem verpassten Zeitpunkt zum organisierten Widerstand. Ich lernte im Studium noch weitere Zeugnisse ohnmächtigen und zugleich riskanten Widerstandes kennen. Einen solchen Widerstand im Widerspruch zwischen hohem Risiko und kleiner Wirkung ist die Rede des Vizekanzlers Franz von Papen am 17. Juni 1934 an der Universität Marburg vor Hochschullehrern. Papen hatte Hitlers kriminelles Potential völlig unterschätzt und ihm zum Amt des Reichskanzlers verholfen. Nun hielt er eine mutige Rede, die ihm keiner zugetraut hätte und die auch nicht von ihm, sondern von seinem Mitarbeiter Edgar Jung verfasst worden war. Edgar Jung war ein Publizist und gehörte zu den Intellektuellen, die gegen die Weimarer Republik eingestellt waren und die man zur „Konservativen Revolution“ zählen kann. (Der Text der Rede ist im Internet: Franz von Papen, Marburger Rede.) Die konservativen Kritiker der Weimarer Republik hatten als Zeugen der sog. „Machtergreifung“ erkannt, dass die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein schwerer Fehler gewesen war. Die Marburger Rede sprach die Terrormethoden der sog. „Machtergreifung“ klar an. Hitler ließ daraufhin Edgar Jung in ein KZ stecken. Papen bot seinen Rücktritt an, um ihn zu schützen. Aber das half nichts. Ende des Monats Juni 1934 ließ Hitler seine Duzfreunde an der Spitze der SA ermorden. Edgar Jung stand auf der Liste der Todeskandidaten, obgleich er mit dem sog. Röhm-Putsch überhaupt nichts zu tun hatte. Das war der Preis für ein offenes Wort in der Öffentlichkeit. Fast nur Fachleute kennen das Schicksal von Edgar Jung.

Proteste gegen Hitler wie die Rede von Otto Wels oder der Protest von Edgar Jung oder die Ansprachen des Schriftstellers Ernst Wiechert, die zu einem mehrmonatigen KZ-Aufenthalt in Buchenwald führten, erscheinen vielen heute wegen ihrer mutigen Vergeblichkeit klein. Aber sie lehren uns, wie wichtig es ist, rechtzeitig zu tun, was getan werden kann. Deswegen ist die Erinnerung an die Menschen in der zweiten Reihe des Widerstandes so wichtig. Zu diesen fast vergessenen Gegnern des Nationalsozialismus gehört der Würzburger Schriftsteller Leo Weismantel. Nach dem 20. Juli 1944 steckte man ihn in der Aktion „Gitter“ („Gewitter“) in das Notgefängnis in der Friesstraße. (Das Notgefängnis war eine Mischung aus Haftanstalt und KZ und bestand aus mehreren Baracken auf dem Gelände Ecke Zwerchgraben/Friesstraße, wo heute die Oberthür Berufsschule steht. Weismantel wohnte in der Zeppelinstraße, gleichsam um die Ecke.) Auf keinen Fall darf man den Widerstand und die Erinnerung an diese Patrioten und auch den Ehrennamen „Patriot“ den neuen Völkischen überlassen. Das würde die Geschichte auf den Kopf stellen.

Mehr Demokratie wagen

Das „mehr Demokratie wagen“ wünsche ich mir besonders im Blick auf Europa. Die Europäer sind an einem geschichtlichen Zeitpunkt angekommen, an dem die Richtung der wirtschaftlichen und politischen Weltbewegung in nächster Zeit im Großen und Ganzen zu erkennen ist. Stichworte sind „Globalisierung“, „Ausbau des Völkerrechts“, „Schärfung des planetarischen Bewusstseins“, „Verpflichtung der Völkergemeinschaft zur Eindämmung von Brandherden auf der ganzen Welt“. Die Richtung auf Befriedung der Völker ist zwar klar, die Details jedoch noch ganz unklar. Inwiefern ist die Richtung im Großen klar? Im ersten Jahrtausend ging es um die Durchsetzung des Glaubens an einen Gott und gegen lokale Götter. Der Gedanke der Universalität setzte sich im ersten Jahrtausend durch. Der Gedanke der Menschenrechte steht und fällt damit, dass es die Universalität gibt oder nicht gibt. Im zweiten Jahrtausend verwandelte sich die aus vielen kleinen autarken Wirtschaften bestehende Welt in einen einzigen riesigen Wirtschaftsraum. Der Medienforscher Marshall McLuhan sagte voraus, dass die Welt dank der Elektrizität über kurz oder lang ein großes Dorf werden würde. Da ist etwas Wahres dran. Die Interdependenz innerhalb der ganzen Erde hat im Übrigen auch etwas Erschreckendes. Der deutsch-amerikanische Soziologe Eugen Rosenstock-Huessy hat nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gesetz der Technik formuliert: Jede neue Erfindung erweitert den Raum, beschleunigt die Zeit und zerschlägt eine Gruppe. Nehmen Sie als Beispiel die Erfindung des Internets. Alle Berufe, die es mit gedruckten Büchern oder Zeitungen zu tun haben, geraten unter Druck. Die Menschen sind, wenn wieder ein solcher technischer Schub erfolgt ist, jedesmal atemlos dabei, neue soziale Gruppen als Gegenmittel gegen die Auflösung bestehender Berufsgruppen zu erfinden.

Für die Weltgesellschaft ersteht dadurch eine neue Menschheitsaufgabe. Wir haben eine einzige, große Welt, in der die Menschen aber heillos aufgespalten und zerstritten sind und wir müssen notgedrungen zur eigenen Rettung nach neuen Formen des „Wir“ suchen, wie Herr Hose es beschreibt. Wichtig ist dabei, dass es Gruppen sind, Gruppen auf Zeit oder auch dauerhaft institutionalisierte Gruppen.

Ein riesiges Betätigungsfeld tut sich auf, sowohl für die professionellen Politiker wie auch für engagierte Bürger. Mich erschüttert immer wieder, mit welch hohen Opfern die Journalisten der Opposition in vielen Ländern ihren Mut und ihre Aufrichtigkeit bezahlen. Es bleibt richtig, dass es auf einen jeden ankommt. Im Jahr 1989 hatte ich das Gefühl einer offenen Zukunft und dass man sich an Hunderten von sinnvollen Projekten zugleich beteiligen könnte. Ein Kennzeichen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind die NGOs.

Lauter neue „Wir“. Greenpeace ist als eine Gruppe auf Zeit entstanden. Junge Leute in den Vereinigten Staaten statteten ein Schiff aus, um nach Alaska aufzubrechen und die amerikanische Öffentlichkeit auf die Gefahren der Ölförderung in Alaska aufmerksam zu machen. Aus dem ad hoc Unternehmen entstand eine große internationale Institution. Wenn es Greenpeace oder Amnesty International oder Attac oder Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste oder Food Watch oder Fairer Handel mit der Dritten Welt oder den Bund Naturschutz nicht gäbe, unsere Welt wäre ärmer an Demokratie. Aber alle die Einrichtungen reichen noch nicht, um die gefährlichen Ungleichzeitigkeiten auf der Welt zu mildern und wenn möglich zu beseitigen. Die Kriege haben einen Bürgerkriegscharakter angenommen und die Bürgerkriege haben umgekehrt immer internationale Auswirkungen. Das sieht man an der Ukraine. Herrscht dort Krieg zwischen Fremden oder ist es ein Bruderkrieg unter Verwandten?

Insofern ist ein starkes und geeintes Europa nur eine Zwischenstation auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft. Die Weltraumfahrer forderten nach ihrer Rückkehr aus dem All mit sehr ähnlichen Wendungen, den blauen Planeten als einen paradisischen Ort in der Öde des Weltraums zu sehen. Mord und Totschlag unter den Völkern sind etwas Atavistisches, und zugleich sind sie alltäglich. Realitätsbeschreibung und Friedens-Vision fallen in den Beschreibungen der Astronauten zusammen. Der Philosoph Hans Jonas hat darauf aufmerksam gemacht, dass in der Beziehung einer Mutter zum Säugling das Gleiche der Fall ist. Die Realität und die ethische Aufgabe fallen in eins.

Solche weltlichen Visionen zeigen die Größe der Aufgabe. Ein Beispiel. Der Islam ist den Völkern Europas merkwürdig nahe gerückt. Ich habe keine Erklärung dafür, dass Jugendliche aus christlichen oder Namen-christlichen europäischen Familien in den Umkreis eines gewalttätigen Islam hinüber wechseln. Ich sehe, dass der Vorgang politisch ist und indirekt mit der Erziehung in den Familien und in den öffentlichen Schulen zusammen hängt. Was war los mit der Erziehung der Christen oder Namen-Christen, bevor sie zum Islam übertraten? Wenn ich junge zum Islam übergetretene Konvertiten in Gesprächsrunden im Fernsehen höre, frage ich mich jedesmal, ob die jungen Leute aus Kenntnis ihrer ersten Religion heraus gehandelt haben oder aus blanker Unkenntnis.

Die Völker und Staaten Europas stehen vor der Aufgabe, die Glut und die Sehnsucht nach einem geeinten Europa neu zu entfachen. Der Wille für ein geeintes Europa ist nach meiner Einschätzung bei vielen Bürgern immer noch da. Die europäischen Spitzenpolitiker schätzen die Opferbereitschaft der Bürger nicht hoch ein. Die Bundesrepublik wagt es

beispielsweise nicht, die Länder im Süden Europas finanziell durch Eurobonds zu fördern. Ich wünschte mir von einem seriösen Fachmann eine seriöse Rechnung, was die Kosten für die zahlenden europäischen Bürger wirklich sein würden. Der Lastenausgleich nach dem Kriege legte Hausbesitzern eine Last auf, um Vertriebenen zu einer selbständigen Existenz oder zu eigenem Wohnraum zu verhelfen. Das war eine solidarische Leistung, unbequem, unpopulär, aber letzten Endes segensreich. Etwa 12 Millionen Flüchtlinge gliederten sich in der Bundesrepublik in den Arbeitsprozess und in die Gesellschaft ein. Nach der Wiedervereinigung mussten ebenfalls Opfer gebracht werden. Die meisten Betroffenen, so würde ich behaupten, sahen und sehen den Solidarzuschlag als recht und billig an. Der Ruf nach Abschaffung des Soli ist nicht mein Ruf. Diejenigen, die wie ich in Deutschland Fuß fassten, einen Beruf fanden, sich ein Auto kaufen, ein Haus oder eine Wohnung erwerben konnten und ein Auskommen haben, sind bereit für finanzielle Opfer, um den europäischen Einigungsprozess wieder flott zu machen und zu festigen.

Ich möchte zum Schluss noch einmal auf den Anfang zurückkommen. Es ist im Leben des Einzelnen wie im Leben der Gesellschaft oft schwer zu erkennen, was getan werden soll, aber leicht zu erkennen, was nicht getan werden darf. Der Weg der Isolation und des neuen Nationalismus ist definitiv der Weg nicht, der in die Zukunft führt. Das kann ich wirklich bezeugen. Es beunruhigt mich nicht, dass die Politiker angesichts mancher Probleme ratlos erscheinen und es vermutlich auch wirklich sind. Die Herausforderungen sind völlig neu, und es gibt keine Routinelösungen. Beunruhigend sind die einfachen Lösungsvorschläge. Europa ist auch durch eigene Fehler an einen Kreuzweg gekommen. Die Bürger sollten den Politikern Mut machen, die Fehler zu beseitigen. Ein Beispiel, das schon ganz platt gewalzt ist, aber nicht aus dem Bewusstsein verschwinden sollte: Die Einführung des EURO ohne einen für ganz Europa verbindliche Finanz- und Wirtschaftspolitik war falsch. Ich frage: Na und? Wenn ihr, liebe Politiker, das jetzt wisst, ist es ja gut! Dann wisst ihr auch, was zu tun ist. Ich wünschte mir von den Medien regelmäßige Berichte über die Anstrengungen zur Beseitigung dieses Konstruktionsfehlers im europäischen Einigungsprozess, dagegen brauche ich nichts mehr über den Berliner Flughafen zu hören, bis er fertig ist.